

Gelebte Solidarität

Sitzung des Gemeinderats ergibt, dass Systeme der Infrastruktur überlastet werden

Gottfrieding. (ez) Die Sitzung des Gemeinderates begann man im Kreutfeld. Hier ging es um die Besichtigung eines Grundstücks, für das ein Antrag für eine PV-Anlage eingegangen ist. Nach Rücksprache mit dem Landratsamt handelt es sich um ein kartiertes Biotop. Hier gelten strenge Auflagen und ein besonderer Schutz für die Fläche.

Laut Aussage des Landratsamtes ist dieser Antrag hier nicht genehmigungsfähig, betonte Bürgermeister Gerald Rost. Weiter gab er an, dass ein Bebauungsplan durch den Gemeinderat auf den Weg gebracht werden müsste. Entsprechende Gegenstimmen aus der Bevölkerung seien wohl schon da. Der Bahnlärm durch Wegfall der bestehenden Hecken und Bäume wurde von den Bewohnern vorgebracht. Der Ausbau der Bahnstrecke bringt vermutlich ein Mehr an Bahnverkehr mit sich, auch in dem Bereich, der nicht ausgebaut wird, also auf Höhe Gottfriedingerschwaige. Sorgen sind da, dass dadurch auch der Lärm zunimmt, weshalb die Anwohner ungerne auf die Bepflanzung verzichten wollen. Eine Anlage von 750 kW hätte wohl Platz auf der Fläche. Entsprechende Ausgleichsmaßnahme würden umgesetzt. Den Beschluss diskutierte man ausführlich im nichtöffentlichen Teil.

Rost mahnte an, wieder mehr Disziplin walten zu lassen. Zuschauer haben in einer Gemeinderatssitzung kein Rederecht, außer es wird explizit vom Gremium befürwortet. Die Entscheidung liegt in der Hand des Gremiums. Gemeinderäte werden von außen wegen gefasster Beschlüsse vermehrt angegriffen. Der Gemeinderat wurde von der Bevölkerung gewählt und entscheide nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle der Gesamtbevölkerung. Er finde es äußerst un schön, dass derlei Angriffe gegen das Gremium kommen. Den eingereichten Baugesuchen wurde in dieser Sitzung das gemeindliche Einverständnis erteilt.

Seniorenbeauftragte Charlotte Dowrtiel berichtete aus dem Bereich der Seniorenarbeit. Ein Kreis seniorenrat wurde gewählt. Seit 1. April 2023 gibt es ein Bayerisches Seniorenmitwirkungsgesetz, erlassen vom Ministerpräsidenten Markus Söder, worin jede Gemeinde angehalten wird, eine ehrenamtliche Seniorenvertretung einzurichten. Es brauche Helfer und Alltagsbe-



Charlotte Dowrtiel informiert über die Arbeit der Seniorenbeauftragten.

Foto: Monika Ebnet

gleiter, die die Nachbarschaftshilfe und pflegende Angehörige unterstützen. Dazu gibt es eine Ausbildung, die für jedes Alter gedacht ist und auch für einen selbst großen Nutzen hat. Sie umfasst nur 40 Unterrichtseinheiten in drei Modulen. Es gibt hierzu schriftliche Unterlagen, es besteht keinerlei Mitgliedschaft und ist für die Teilnehmer in der Regel kostenfrei. Erleichtern würde das Ganze, dass zukünftig die Organisation, Anfragen und Abrechnungen über die Freiwilligen-Agentur im Landratsamt laufen soll. Wer interessierte Bürger weiß, solle diese melden und sich gleichzeitig aktiv um Mitwirkende bemühen. Der Kreisseniententag findet am 10. September 2023 in Dingolfing statt. Hier gibt es Vorträge und jede Gemeinde habe die Möglichkeit, sich zu präsentieren. Franz Feix wird die Aktion „Basteln mit Elektronik“ vorstellen. Die Seniorenbeauftragte wird das vor Ort präsente Betreuungsangebot darstellen. „On demand“ – das neue Schlagwort im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis sprach sie an. Hier soll ein Netz geschaffen werden, mit Haltestellen, die auf kurzem Weg zu erreichen sind, Zubringer zu Stadtbussen und über Telefon oder Handy zu bestellen sind. Interessant ist auch die Ansiedlung der Pflegeschule in Landau. Die Klasse sei voll belegt und nun auch für Quereinsteiger möglich. Eine Berufsfachschule für Erzieher ist ab 2024/2025 geplant. Die Seniorenbeauftragte selber organisiert einen Notarvortrag mit Thema „Gestaltung von Testament

und Auswirkungen“. Der Ganztagsausflug zur Landesgartenschau Freyung ist angedacht, Termin ist am 21. Juni 2023. Ebenso will man einen Parcours zur Demenzwoche organisieren. Eine Gemeinderundfahrt wolle man wieder ermöglichen, bei dem die Bürger in den Ortsteilen über ihre Heimat berichten. Rost bat um aktive Mithilfe in der Seniorenarbeit. Eine schöne, gesellschaftliche Sache sei es, wenn man sich hier engagiere.

Schöffenwahl

Für die Schöffenwahl 2023 hat der Gemeinderat Gottfrieding dem Amtsgericht Landau für die Jahre 2024 bis 2028 mindestens zwei Personen für das Schöffenamtsamt (Erwachsenenstrafsachen) vorzuschlagen. Für die Aufnahme der Personen in die Vorschlagsliste ist die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder notwendig. Nachfolgende Personen hatten sich in der Gemeinde Gottfrieding beworben: Christian Dörndorfer, Stefan Süß, Michael Protschka, Vera Büchner, Alexander Schönfelder, Maria Schallmeier und Erhard Schönfelder. Alle sieben Personen wurden vorgeschlagen. Bezüglich der Sperrzeitverkürzung (Betriebszeitenregelung bei Veranstaltungen) beriet man sich. Für die Abhaltung von Vereinsfesten, Volksfesten, Fahnenweihen und dergleichen ist eine Gestattung gemäß Gaststättengesetz zum Betrieb eines vorübergehenden Gaststättenbetriebes erforder-

lich. Im Rahmen dieser Gestattung sind von der Gemeinde auch die Betriebszeiten festzusetzen. Folgende Regelung soll bis auf weiteres für Veranstaltungen im Gemeindegebiet gelten: Die Betriebszeit soll bis 3 Uhr gelten, wobei ab 2 Uhr keine Musikdarbietungen mehr stattfinden dürfen. Der Ausschank soll ab 2.30 Uhr erfolgen.

Änderung zum Fundtier-Vertrag

Zwischen der Gemeinde Gottfrieding und dem Tierschutzverein Dingolfing-Landau e. V. wurde die Änderung zum Fundtiervertrag vereinbart. Der Gemeinderat stimmte der Erhöhung der Fundtierpauschale für das Jahr 2023 von 0,75 auf 1,50 Euro je Einwohner zu.

Flüchtlingsunterkunft

Intensive Gespräche wurden mit dem Landratsamt geführt und via Satellitenfotos die Gemeinde durchleuchtet, wo man eine geeignete Bleibe schaffen könnte. Die Wertstoffinsel wurde als Fläche für den Bauhof genutzt. Diese hat man nun wieder geräumt und mit dem Landkreis ein Mietverhältnis befristet auf ein Jahr getroffen. Der Landkreis hat nun Container aufgestellt und damit eine Bleibe für etwa 40 Geflüchtete geschaffen. Es sei kommunale Pflicht, sich hier einzubringen, betonte Rost. Doch als Gemeinde mache man dies auch

und besonders aus Solidarität. Man habe sofort Gespräch mit dem Nachbarn geführt. Für weitere Fragen stehe man als Gemeinde übrigens gerne zur Verfügung. Wohnraum sei knapp im Landkreis. Von deren Verwaltung sei man tagtäglich bemüht, die Geflüchteten menschlich unterzubringen. Die in Gottfrieding geschaffenen 16 Container sind ein Teil davon. Es werden vermutlich ukrainische Flüchtlinge untergebracht, erklärte Rost. Die entsprechenden Anschlüsse für Wasser, Strom und Abwasser sind hier möglich. Rost gab den dringenden Appell nach außen weiter, man möge Flächen zur Verfügung stellen. Als Gemeinde will man unterstützen, um Schließung von Turnhallen zu vermeiden. Ein Sicherheitsdienst wird wie in den anderen Einrichtungen vor Ort sein. Schüler werden in den entsprechenden Klassen betreut. Bezüglich der KiTa-Plätze informierte er, dass man in der Gemeinde aktuell keine Kapazitäten habe. „Die Infrastruktur wird das so nicht schaffen“, erklärte er besorg. In den Bereichen Schule, Kindergarten, Pflege und dergleichen wird das gesamte System derzeit mehr und mehr überlastet. Dies habe nichts mit gesundem Wachstum einer Bevölkerung zu tun. Denn hier würde auch das System mitwachsen können. So werde man überrumpelt und das System „fahre heiß“. Die Belastungsgrenze sei erreicht, nicht nur finanziell, sondern auch sozial.



Endlich gibt es eine Anschlagtafel